Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn,



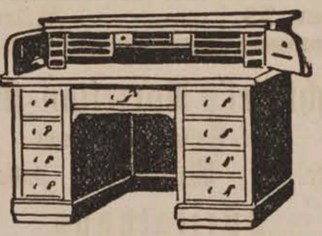
Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 35 | München / 5. Jahrgang | 30. August 1918

1918	Wochenkalender	5678	
	August	Ellul	Bemerkung
Sonntag	1	24	
Montag	2	25	
Dienstag	3	26	
Mittwoch	4	27	
Donnerstag	5	28	
Freitag	6	29	



Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 35 **München / 5. Jahrgang** **30. August 1918**

Die ukrainischen Juden und Deutschland

Von Ibn Arjeh.

Mit den Gründen des angeblichen Deutschenhasses der russischen, besonders der ukrainischen Juden, beschäftigt sich ein Herr Dr. E. Jenny im „Tag“ vom 8. August. Nachdem er den Schluß aus der Sprachverwandtschaft auf die Deutschfreundlichkeit als falsch zurückgewiesen hat, stellt er die etwas verblüffende These auf, die deutsche Politik müsse mit dem russischen Judentum als ihrem eingefleischtesten Feinde rechnen. Die Gründe sieht der Verfasser, bei dem die apodiktische Art seiner teilweise übrigens in üblem antisemitischem Jargon, gehaltenen Ausführungen im umgekehrten Verhältnis zu seiner Sachkenntnis steht, in drei Momenten. Die Juden sind Revolutionäre und sehen in Deutschland den Hort der Reaktion; das Geschäftsinteresse weist nach dem zur Ausbeutung einladenden, wirtschaftlich unentwickelten Großrußland; endlich scheuen die Juden die strenge Ordnung, die die Deutschen ins Land bringen, da diese sie hindert „im Trüben zu fischen“ und „aus dem Unheil des Landes Vorteil zu ziehen“.

Es tut kaum not, vor einem mit den Verhältnissen im Osten auch nur oberflächlich vertrauten Publikum diese Sätze zu widerlegen. Es ist bekannt, daß die Juden von dem in Rußland einrückenden deutschen Heere Befreiung vom zaristischen Regime und Schutz ihrer nationalen Eigenart vor den Assimilierungsbestrebungen ihrer Umgebung erhofften. Wenn heute die Stimmung der jüdischen Massen gegenüber Deutschland, was wir oft genug betont haben, anders ist als zu Beginn des Krieges, so sind die Gründe nicht in dem zu suchen, was Herr Dr. Jenny dafür hält.

Das jüdische Volk hat wahrlich keinen Grund zu leugnen, es konstatiert vielmehr mit Stolz, daß seine Söhne mit unbeugsamer Energie den Kampf gegen die russische Reaktion geführt haben, bis es im vorigen Jahre gelang, den Zarismus zu stürzen, Rußland zu befreien und dem russischen Judentum gesunde Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Heute aber ist der Zarismus tot, und wie auch die Zukunft Rußlands sein mag, niemand kann zweifeln, daß sie demokratisch sein wird. Deutschland, das mit der bolschewistischen Regierung Frieden geschlossen hat, hat weder Möglichkeit noch Interesse, in diese Entwicklung im Sinne der Rückkehr zu den alten Zuständen einzuwirken. Es ist also nicht einzusehen, warum die freiheitlich gesinnten russischen und ukrainischen Juden aus diesem Grunde deutschfeindlich sein müßten.

Was die Tendenz nach Großrußland aus geschäftlichen Gründen anbetrifft, so wird man diesem Argument nur mit Hohnlachen begegnen. Weiß Herr Dr. Jenny nicht, daß das bolschewistische Rußland keinen erbitterteren Gegner hat als das — in seinen Massen der Bourgeoisie — angehörende russische Judentum? Hat er nicht gehört, daß auch die sozialistischen Arbeiterorganisationen des russischen Judentums gegen die Bolschewiki sich erklärt haben? Schließt er auch aus der jüdischen Abstammung Trotzkis auf die Stellungnahme des russischen Judentums? Es ist bekannt, daß ein Teil der Bevölkerung durchaus vor den Bolschewiki in die Ukraine geflohen ist. Juden bilden einen nicht kleinen Teil dieser Feinde des heutigen Großrußland. Und in der Tat, was kann eine zum großen Teil aus Kaufleuten bestehende Bevölkerungsgruppe von einem Regiment erwarten, das durch Verstaatlichung von Produktion und Absatz den Zwischenhandel zu vermeiden sucht. Geschäftliche Interessen ziehen im Augenblick die Juden sicher nicht nach Großrußland.

Andrerseits ist bekannt, daß viel weniger ukrainischer Nationalismus als Gegnerschaft gegen die Bolschewiki zur Gründung des ukrainischen Staates geführt haben und daß, wenn in Rußland das Regime sich ändert, alle Schichten der Ukraine wieder Anschluß an Großrußland suchen werden. Von dieser Tendenz werden auch die Juden keine Ausnahme machen. Aber das sind zukünftige Möglichkeiten, die für den Augenblick keine reale Bedeutung haben.

Es wäre unter der Würde des jüdischen Volkes, die Beschuldigungen zu widerlegen, daß die Juden fürchteten, nicht mehr im Trüben fischen, nicht mehr „ungeheuerliche Gewinne“ machen zu können. Bringt doch der Verfasser die Bemerkung fertig, daß selbst die Pogrome dem Judentum zum Gewinn ausgeschlagen hätten, weil das geraubte Gut zu Spottpreisen in die Kanäle des jüdischen Schleichhandels laufe. Wer nach dem unermeßlichen Elend, in dem das östliche Judentum sich in materieller Beziehung befindet, es noch wagt, von ungeheueren Gewinnen des Judentums zu sprechen, der ist böswillig oder blind.

Es ist hier nicht der Platz, die Gründe zu untersuchen, die zwar keineswegs eine Feindschaft gegen das Deutschtum hervorgerufen, wohl aber den Enthusiasmus der ersten Besatzungswochen abgekühlt haben. Die nationale Autonomie war den Juden von der ersten ukrainischen Regierung gegeben worden. Das neue, von Deutschland in

jeder Form protegierte Regime hat ihnen die Autonomie genommen, Pogrome sind zahlreich verübt worden, und eine Tendenz, durch Ausschaltung des Zwischenhandels die jüdische Bevölkerung zu bedrohen, ist zu bemerken. Vielleicht begreift Herr Dr. Jenny, daß diese Tatsachen nicht geeignet sind, die Liebe der ukrainischen Juden zu Deutschland zu entflammen.

Aber das zu erklären, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Uns kam es hier darauf an, die Anmaßung zurückzuweisen, mit der Herr Dr. Jenny in ihm völlig unbekannten Verhältnissen nicht vorhandene Tatsachen mit unstichhaltigen Gründen zu beweisen sucht. Es hätte wirklich ein Zug im Bilde gefehlt, wenn Herr Dr. Jenny nicht am Schuß seiner Ausführungen betont hätte, sie hätten nichts mit Antisemitismus zu tun. Es scheint, die Todfeindschaft der Juden gegen Deutschland ist im selben Maße vorhanden, wie der Antisemitismus des Herrn Dr. Jenny nicht vorhanden ist.

Die Palästina-Beschlüsse der amerikanischen Zionisten.

Auf der Konferenz amerikanischer Zionisten, die Ende Juni in Pittsburgh stattfand und von 712 Delegierten aus allen Teilen der Vereinigten Staaten besucht war, wurden die folgenden, außerordentlich bedeutsamen Beschlüsse bezüglich Palästinas angenommen:

„Im Jahre 1897 bestimmte der erste zionistische Kongreß zu Basel das Ziel des Zionismus als die Errichtung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina. Durch die kürzlichen Erklärungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und andrer der verbündeten demokratischen Staaten ist diese öffentliche Anerkennung der jüdischen nationalen Heimstätte zu einem internationalen Faktor geworden.

Wir möchten deshalb aufs neue die Grundsätze betonen, von denen die zionistische Bewegung seit ihrem Beginn geleitet war und welche die Grundlage des alten jüdischen Staates und des bestehenden jüdischen Rechtes, wie es in den Traditionen des zweitausendjährigen Exils verkörpert ist, bildeten.

1. Wir erklären uns für politische und bürgerliche Gleichberechtigung, ohne Rücksicht auf Abstammung, Geschlecht oder Bekenntnis, für alle Einwohner des Landes.

2. Um in der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina allen die gleichen Gelegenheiten zu geben, wählen wir eine Politik, die unter der gebührenden Rücksichtnahme auf die bestehenden Rechte dahin zielt, der ganzen Bewohnerschaft des Landes Anteil und Aufsicht über alle natürlichen Quellen und alle öffentlichen Einrichtungen zu gewähren.

3. Alles im Besitz des ganzen Volkes befindliche oder unter seiner Macht stehende Land soll unter Bedingungen verpachtet werden, welche die vollste Möglichkeit zu Entwicklung und dauerndem Besitz geben.

4. Das genossenschaftliche Prinzip soll so weit wie tunlich in der Organisation aller landwirtschaftlichen, industriellen, kommerziellen und finanziellen Unternehmungen angewandt werden.

5. Die Finanzpolitik soll so gestaltet werden, daß sie das Volk vor den Übeln der Landspekulation und finanziellen Bedrückung schützt.

6. Das einzuführende System des freien öffentlichen Unterrichts soll sich auf alle Grade und Zweige des Erziehungswesens erstrecken.

7. Der öffentliche Unterricht soll in der hebräischen Sprache, der nationalen Sprache des jüdischen Volkes, erteilt werden."

Zu diesen Beschlüssen schreibt der „American Hebrew" vom 5. Juli:

Die am heißesten umstrittene Frage auf der zionistischen Konferenz war die der Organisationsform. Innerhalb ihrer Grenzen aber verdienen die größte Aufmerksamkeit die Erklärungen über die äußere und soziale Politik der jüdischen Gemeinschaft in Palästina.

Die Erklärung vollständiger politischer und bürgerlicher Gleichberechtigung aller Bewohner des Landes, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse oder Geschlecht, bringt für alle Zeiten die Frage, was für eine Art von Staat die Zionisten in Palästina errichten wollen, zum Schweigen. Die Antwort ist einfach und unzweideutig. Es wird ein moderner Staat sein, mit keinem Rest veralteter oder mittelalterlicher Theorien und Praktiken. Die einzige Qualifikation für vollständiges und gleichberechtigtes Staatsbürgertum wird der Wohnort und die politische Zugehörigkeit sein. Kirche und Staat sollen vollständig getrennt werden. Abstammung und Geschlecht haben auf die politische oder bürgerliche Lage der Bewohner keinen Einfluß. Die Lehren der modernen Demokratie sind vollständig verstanden und verwertet worden.

Womöglich noch fortschrittlicher sind die Deklarationen über Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die palästinensische Judenheit soll nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Demokratie bilden. Der Anteil am Lande und seinen natürlichen Schätzen sowie an den öffentlichen Einrichtungen soll auf sozialer Grundlage beruhen. Bei der Organisation landwirtschaftlicher, industrieller, kommerzieller und finanzieller Unternehmungen soll so weit wie möglich die kooperative Methode angewandt werden. Landspekulation und Finanzmanöver haben zu unterbleiben. Kurzum, wenn die amerikanischen Zionisten im Namen der Zionisten der ganzen Welt sprechen, so geht die jüdische Gemeinde in Palästina wirklicher Gleichheit und Brüderlichkeit und einem Gesellschaftszustande ohne Klassengegensätze und Klassenkämpfe entgegen.

Hierzu kommt ein System kostenloser Erziehung von der Elementarschule bis zur Universität mit Hebräisch als Unterrichtssprache. Dies sind die Konturen eines Staates, der modern, demokratisch, sozial und jüdisch ist.

Fröhliche Wissenschaft.

Von Dr. Raphael Strauss.

„Fröhliche Wissenschaft", möchte man den Tischo beaw-Leitartikel in Nr. 28 des „Israelit" benennen: „fröhlich" wegen der dem Artikel innewohnenden Frische, „Wissenschaft" nach der alten Weise „lucus a non lucende". Der Artikel behandelt die tiefsten Fragen der jüdischen Geschichte in einem abgekürzten, im Sinne objektiver Beweisführung so fragwürdigen Verfahren, daß man nicht stillschweigend an ihm vorübergehen möchte.

Zunächst eine kurze Inhaltsangabe: Das Drama des Untergangs des jüdischen Staats, das mit der Eroberung Jerusalems durch Titus endete,

hat mit dem Tode Alexanders des Großen (! — d. Verf.) begonnen. „Von diesem Zeitpunkte an (!) ist Palästina der Zankapfel zwischen Alexandria und Antiochia“. Die Schuld an diesem Untergang trägt die Hellenisierung der Juden, ihre Entwurzelung aus dem „Sinaiboden“. Ohne diese Entwurzelung, in deren Verlauf die Makkabäererhebung nur eine kurze Episode darstellt, wäre der „anders gedachte Gang des Gottesvolks durch die Geschichte“ anders verlaufen. Aber auch einen Trostblick gewähre dieser Verlauf der Dinge, denn trotz des politischen Untergangs sei „der jüdische Staatsgedanke nie lebendiger im Volke gewesen als in Jabne, Uschah und Sura, wo die Thorafürsten in ihren Lehrhäusern thronten.“

Diese Geschichtsbetrachtungen, sagt der Verfasser, seien das Ergebnis des heutzutage „mit Recht“ geforderten „geschichtlichen Denkens“, allerdings des „jüdisch-geschichtlichen Denkens“, und damit will er wohl seinen überaus subjektiven Erörterungen die Autorität wissenschaftlicher Objektivität vindizieren.

Handeln wir zunächst von der Methode jenes Artikels, später von der Sache.

Die M e t h o d e des Verfassers ist das, was an seinem Aufsatz am unangenehmsten auffällt. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo der „Israelit“ eine „voraussetzungslose Wissenschaft“ und damit eine objektive Geschichtsbetrachtung als überhaupt unmöglich und für das Judentum als unerwünscht, klar und deutlich abgelehnt hat. Das war doch ein offenes Wort, dem man eine b e s c h r ä n k t e Richtigkeit in Anbetracht der natürlichen Gebundenheit des menschlichen Geistes nirgends bestreiten will. Der Verfasser jenes Artikels gibt vor, diesen, für die Orthodoxie einzig folgerichtigen und ehrlichen Standpunkt verlassen zu wollen; er will dem „mit Recht“ empfohlenen Grundsatz „geschichtlichen Denkens“ folgen, indem er „jüdisch-geschichtlich“ denkt. Das ist Spiegelfechterei. Es ist zuzugeben, daß auch beim Streben nach höchster Objektivität ein jüdischer Historiker einen jüdischen Stoff subjektiver erfassen kann als ein nichtjüdischer. Aber eine objektive Leistung ist nur da denkbar, wo das Streben danach vorhanden ist. Wer dagegen von Anfang an „jüdisch-geschichtlich“ denken will, wie der Verfasser, wird zu keiner wissenschaftlichen Leistung gelangen, weil er eine solche gar nicht beabsichtigt.

So finden wir statt der angeblichen Objektivität der voraussetzungslosen Forschung eine sehr dicke V o r a u s s e t z u n g im logischen Beginn der Erörterungen des Verfassers, die ausgedrückt wird in dem Satze: „Anders war freilich des Gottesvolks Gang durch die Geschichte g e d a c h t“. So richtig dieser Gedanke vom Standpunkt der jüdischen Theologie ist, so ungeeignet ist er als logische Grundlage geschichtlicher Erkenntnis. Während aber für diesen Gedanken die theologische Quelle ersichtlich ist, bleibt der Ursprung anderer allgemeiner Betrachtungen des Verfassers unerfindlich, und für diese kann man auch keine zwar außerhalb der Wissenschaft existierende, aber doch immerhin existierende (theologische) Autorität anführen. So der Gedanke: „Die alten Reiche Babyloniens, Persien, Mazedonien mußten ihre Welthegemonie mit dem Besitz Palästinas krönen.“ Die jüdische Lehre räumt Palästina i n d e r V e r g a n g e n h e i t f ü r d a s j ü d i s c h e V o l k und i n d e r Z u k u n f t m i t t e l b a r f ü r d i e M e n s c h h e i t die einzigartige Rolle des „heiligen Landes“ ein; aber doch keineswegs f ü r d i e n i c h t j ü d i s c h e M e n s c h h e i t v e r g a n g e n e r Z e i t e n. Wenn also dieser seltsame Gedanke nicht theologischen Ursprungs sein kann, so ist er doch auch historisch nicht begründet. Weder durch seinen Umfang noch durch einen vergleichsweise besonderen Kulturwert hatte Palästina für die Welteroberer der Vergangenheit beträchtlichen Eigenwert; nur eine militärische Etappe war es für die asiatischen Eroberer zum Vormarsch gegen das Nilland, und für Ägypten umgekehrt ein Brückenkopf jenseits des heutigen Suezkanals, bezw. ein gegen den nördlichen Bedroher gelegener Puffer. Den Besitz des „gelobten Landes“ zur Voraussetzung der Weltherrschaft stempeln zu wollen, ist so recht ein Beweis für die Schrankenlosigkeit der Betrachtungen des Israelit-Leitartikels; und um deswillen muß man die Ergebnisse dieses „jüdisch-geschichtlichen Denkens“ um so genauer prüfen.

Das alte Palästina war einem dauernden Druck von drei Seiten ausgesetzt: von der Wüstensteppe im Osten drängten die Nomaden herein; von Süden die Großmacht Ägypten, vom Norden die Herrscher des Zwischenlandes; nichts ist bezeichnender, als daß nach der Tradition die Stammväter Israels erst in Chaldäa, dann in Ägypten schließlich in der Wüste beheimatet sind. Die Gefahr aus dem Osten schwindet mit der Besiegung Amons, Moabs und der anderen östlichen Randstaaten, und im Gefolge dieser Siege entsteht die Sicherstellung des jüdischen Staatsgefüges durch die Monarchie. Die zentrale Aufgabe der Staatslenker wird nunmehr die, zwischen den beiden großen Mächten im Norden und Sü-

den die Balance zu bewahren; dies im Bündnis bald mit dem einen bald mit dem andern, bald auch in scheinbarer oder tatsächlicher Unabhängigkeit. Der Siegeszug Alexanders bedeutet in dieser politischen Entwicklung anfänglich nichts Neues (wohl aber in seinen politischen Folgen, indem unter seinen Nachfolgern die Residenz dicht an die palästinensische Grenze verlegt wurde). Er bedeutet nur ein zeitweises Überwiegen des Einflusses der nördlichen Großmacht, wie es frühere Zeiten auch schon gebracht hatten. Unter den Diadochen wird ein annäherndes Gleichgewicht wieder hergestellt, das sich indessen allmählich, infolge der Untätigkeit der Ptolemäer zugunsten der Seleuziden verschiebt. Für all diese Wandlungen ist Palästina in erster Linie mitleidender, erst in zweiter mithandelnder Zeuge. Schließlich hat der römische Adler die Kleinen mit den Großen aufgefressen. Die politische Entwicklung berechtigt nicht dazu, in Alexanders Siegeszug den Beginn des Untergangs des jüdischen Staates zu sehen.

Dasselbe gilt aber von der Kulturentwicklung. Kulturelle Entwicklungen vollziehen sich den politischen nicht immer völlig parallel. Rasche, oft vom Zufall begünstigte, militärische Erfolge gestalten leicht in schnellstem Tempo eine politische Verfassung um; kulturelle Wandlungen aber brauchen Zeit. Nach den Darlegungen des Israelit-Leitartikels sind die Zusammenhänge zwischen der kulturellen und politischen Entwicklung bei den alten Juden sehr einfach: Der alte Staat war verwurzelt im „Sinaiboden"; der „Entwurzelung" folgt politischer Untergang; die Erben der alten „Sinaikultur" aber — also im letzten Gliede angeblich unsere Orthodoxie — nehmen den „Staatsgedanken" hinüber in die Zeiten politischer Ohnmacht.

Das ist die „Überzeugung" des Verfassers jenes Artikels, und seine Überzeugung zu bekämpfen, besteht keinerlei Interesse. Nur daß die wissenschaftliche Begründung, die er ihr gibt, so dürftig wie unrichtig ist, sei im folgenden gezeigt. Die ganze Auffassung von einer Verwurzelung des alten Palästina im „Sinaiboden" und von einer späteren Entwurzelung widerspricht durchaus den Erzählungen des jüdischen Schrifttums, ja der Bibel selbst. Kann man sich David und Salomo als Apostel des Gesetzes, als Geistesverwandte eines Esra, Jochanan ben Sakkai, eines modernen Orthodoxen denken? Ist nicht die Bibel voll von gegenteiligen Zeugnissen? So kann man hier nicht von „Verwurzelung" in der Zeit politischer Blüte, und ebenso umgekehrt nicht von „Entwurzelung" reden in der Zeit des Niedergangs. Denn woher kommen die Makkabäer, woher die Macht, die selbst noch einen Herodes zwang, Rücksicht auf die Gelehrten zu nehmen, woher die Tatsache, daß es den Lehrern von Jabne wirklich gelungen ist, die Lehre zu bewahren? Wäre dies ohne tiefe Ergebenheit weiter Volksschichten an die Lehre und ihre Hüter möglich gewesen?

Die Dinge liegen viel eher umgekehrt als sie der „Israelit" sieht. Das Palästina der alten Königszeit war politisch gefestigter, nicht weil die nationalen Kulturbegriffe stärker, sondern trotzdem sie schwächer entwickelt waren als später; das nachexilische Palästina geriet in Gefahr und ging schließlich unter, trotzdem gerade in ihm die „Lehre" herausgebildet wurde in einer so unerhört kräftigen Entwicklung, daß sie für uns Juden noch heute, nach reichlich zwei Jahrtausenden, fortwirkt, und daß von ihr die nachhaltigsten geistigen Wirkungen, die wir überhaupt kennen, auf die Menschheit ausstrahlten.

Daß diese jüdische „Nationalkultur" sich „entwickelt" hat, d. h. erst weniger war, und darnach mehr wurde, wäre nicht nur nach allen menschlichen Begriffen und aller historischer Erfahrung natürlich, sondern ist doch aus dem gerade für die Orthodoxie bis auf die Interpunktion heiliggültigen Schrifttum klar ersichtlich. Daß aber die Nationalkultur sich mit einseitiger Wucht ins Ethische gesteigert hat, ist der stärkste und zugleich aufschlußreichste Beweis dafür, daß sie in Zeiten äußerer Verarmung des Staates und der Gesellschaft entwickelt wurde; und von hier aus erblüht uns das Verständnis für den wirklichen Zusammenhang der jüdischen Kultur und des jüdischen Staates.

Im alten, vorexilischen Palästina kann man von einem ausgesprochenen jüdischen Sonderbewußtsein noch nicht reden. Der Gedanke an eine Sendung des jüdischen Volkes lebt nur in den Priestern und Propheten; im Volke aber vermag sich zunächst kaum ein gegenüber den stammverwandten Nachbarn betontes Nationalbewußtsein, geschweige denn das Bewußtsein einer Kulturmission zu entwickeln. Dieses Kulturbewußtsein hätte durch eine Ausgestaltung der Staats- und Nationalindividualität erstarken können, und auf diesem Wege hätte der Tempelbau einen großen Schritt bedeuten können, wenn nicht alsbald die Abspaltung des Reiches Israel, die Einbuße an Macht und Geltung, und der Stillstand der die Regierungen Davids und Salomons bezeichnenden Machterweiterung den vom salomonischen Jerusalem ausgehenden Glanz wieder hätte erlöschen lassen. Die sachlichen Kulturgüter des damaligen Palästina waren ägyptischen, chaldäischen, phönizischen Urprungs, und das Eigenbewußtsein des Volkes noch zu unentwickelt und unerfahren, um aus sich heraus — wie wir dies bei der zweiten Staatsentwicklung sehen werden — eine geistige Kultur zu schaffen, die nicht an sachliche Kulturgüter gebunden war. Und doch scheint gerade der Umstand, daß die für das äußere Leben erforderlichen Kulturgüter von den Nachbarn mehr oder minder fertig übernommen werden konnten, daß keine maritime Lage (Phönizien) auf die Wege des Handels, keine kontinentale Weiträumigkeit (wie Babylonien) auf Herrschaftsgelüste, keine unerhörte Fruchtbarkeit (Ägypten) auf Reichtum und äußeren Lebensgenuß hinwies, die vorhandenen geistigen Kräfte in das Reich der freien geistigen Schöpfung zu lenken. Wie dem aber auch sei: es steht fest, daß das alte Palästina wie politisch so kulturell aus Westen, Norden und Süden einer weitgehenden Beeinflussung unterlag, und daß dieselben Umstände, die eine politische Selbstbehauptung erschwerten, auch eine kulturelle Sonderentwicklung, oder um die orthodoxe Terminologie anzuwenden, eine „Verwurzelung im Sinaiboden" hintanhielten. (Schluß folgt.)

Österreich.

Ein Opfertag. Aus Wien wird berichtet: Auf Anregung des Zionistischen Zentralvereins Sektion II, konstituierte sich ein Komitee, das in den nächsten Wochen einen allgemeinen Österreichischen Jüdischen Opfertag veranstalten wird, der folgenden Zwecken dienen soll: a) Förderung der Palästina-Hilfsaktion, b) Schaffung eines Fonds zwecks weiterer Ausbildung von jüdischen Kriegs-

waisen in Galizien und der Bukowina zu produktiven gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufen.

Palästina.

Die Grundsteinlegung für die jüdische Universität in Jerusalem. Bei der Grundsteinlegung am 15. Ab versammelte sich auf den Skopus eine große Menschenmenge, in der alle Teile der Bevölkerung vertreten waren. Anwesend war auch General Allenby mit Mitgliedern seines Stabes, Offiziere der französischen und der italienischen Truppen in Palästina, sowie mehrere Vertreter der ägyptischen Judenschaft. Es wurden zwölf Grundsteine gelegt als Vertretung der zwölf Stämme Israels. Den ersten legte Dr. Weizmann. Die anwesenden Rabbiner sprachen Gebete und Segenssprüche, sodaß die ganze Zeremonie einen religiösen Anstrich erhielt.

Minister Balfour hatte eine telegraphische Botschaft folgenden Inhalts gesandt:

„Nehmen Sie bitte meine freundschaftlichen Glückwünsche für die Zukunft der hebräischen Universität auf dem Berge Skopus entgegen. Möge sie ihren edlen Zweck mit einem im Laufe der Jahre ständig wachsenden Erfolg erfüllen. Ich gratuliere aufs wärmste allen, die so emsig an der Gründung dieser Schule gearbeitet haben, die zu den Mächten des Fortschritts in der Welt beitragen wird."

Der Manchester Guardian über die Grundsteinlegung. In einem Leit-Artikel schreibt der „Manchester Guardian":

Trotz des furchtbaren Waffengetöses wird hoffentlich die Grundsteinlegung für die jüdische Universität in Jerusalem nicht unbemerkt vorbeigehen, denn die hebräische Universität ist bestimmt, eine bedeutende Rolle in der Geschichte des jüdischen Volkes und seiner Zivilisation zu spielen. Universitäten waren bei vielen Völkern die Nährmütter nationaler Kultur, aber die Stellung der hebräischen Universität wird eine ganz besondre sein. Das hohe Ansehen, in dem Bildung, Lehrhaus und Gelehrte stehen, gehört zu den am tiefsten wurzelnden und charakteristischsten jüdischen Traditionen. Sie haben viel dazu getan, den jüdischen Geist zu bilden und das Judentum und das jüdische Volk in 18 Jahrhunderten des Exils zu erhalten. Die hebräische Universität in Jerusalem, wird, anders als die Schule zu Jabneh, das Symbol des Exilsendes, nicht des Exilbeginnes sein. Diese seine Blütezeit des jüdischen Geistes in seinem alten Heim wird dem jüdischen Volke und einem jüdischen Palästina ihren Platz in der Weltkultur wiedergeben. Aus diesem Grunde sollte die Grundsteinlegung der hebräischen Universität in Jerusalem selbst in diesen schrecklichen Tagen die Blicke der Menschheit auf sich lenken.

Die Verhandlungen in Konstantinopel. Das Jüdische Preßbureau in Stockholm meldet: Über das Ergebnis der Verhandlungen der jüdischen Delegation aus Deutschland und Österreich mit der türkischen Regierung über die Schaffung eines jüdischen Zentrums in Palästina liegt noch kein offizieller Bericht vor. Wie verlautet, ist die türkische Regierung bereit, den Juden weitgehende Zugeständnisse zu machen, die in der Abschaffung aller Beschränkungen für die Einwanderung der Juden in Palästina, in der Erteilung von Konzessionen an jüdische Kolonisationsgesellschaften zur Förderung der Ansiedlung, in der Gewährung einer Autonomie an die jüdischen Gemeinden im Rahmen des türkischen Gemeindegesetzes und in der Schaffung einer gemeinsamen Landesrepräsentanz der Juden Palästinas bestehen. Es heißt ferner, die türkische Regierung sei bereit, in die Kammer ein Gesetz einzubringen, das die obigen Zugeständnisse verfassungsmäßig sicherstellen

soll. Um die Einzelheiten festzusetzen und das Gesetz vorzubereiten, soll ein spezielles Komitee gebildet werden, dem Vertreter der türkischen Regierung und des Jungtürkischen Komitees und andere Vertreter der jüdischen Organisationen anzugehören hätten.

Aus Judäa. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Vom 8. bis 16. Juni waren die Erntearbeiten in dem ganzen Gebiet östlich und westlich des Jordans in gutem Fortschritt begriffen. Große Schober von Heu und Futtermitteln wurden in der Nähe aller Kolonien errichtet.

Jerusalem hat jetzt eine tägliche Zufuhr von 300 000 Gallonen reinen Wassers, das mit einer Wasserleitung vom nahen Hebron zugeführt wird.

In den letzten Monaten wurden 5 neue hebräische Kindergärten mit mehr als 300 Kindern in verschiedenen Stadtvierteln Jerusalems eröffnet. Die Zahl der hebräischen Kindergärten in Jerusalem ist damit auf 10 gestiegen.

Ein Überfall auf die Kolonie Merchawia. Das Kopenhagener Zionistische Bureau teilt mit:

Die Kolonie Merchawia, die vor 7 Jahren gegründet worden ist, ist besonders häufig Raubzügen und Überfällen seitens räuberischer Araber ausgesetzt gewesen. Hierbei hat sich von jeher eine Räuberbande aus dem Araberdorf Sulem hervorgetan, die sich im wesentlichen aus Familienmitgliedern des Scheichs Nedzib Atari zusammensetzte. Unter Anführung dieses Scheichs hat die Bande wiederholt Überfälle, Raub- und Mordzüge ins Werk gesetzt, und schon vor Ausbruch des Krieges hat der Scheich in Akko wegen derartiger Verbrechen im Gefängnis gesessen. Während des Krieges haben die Überfälle zugenommen, und es kam wiederholt zu Reibungen mit den jüdischen Wächtern der Kolonie. Alle Beschwerden bei den lokalen Behörden waren vergebens.

Am 18. Juni überfielen um Mitternacht wiederum einige Einwohner aus dem Dorfe Sulem ein paar jüdische Koloniewächter, auf die sie sofort zu schießen begannen. Zusammen mit einigen deutschen Soldaten verfolgten die Wächter die Räuber, und es gelang ihnen, im Dorfe selbst einen von ihnen festzunehmen. Der Verhaftete wurde sofort dem türkischen Offizier in Aphule übergeben, verschwand aber schon am nächsten Tage, ohne daß jemand über sein rätselhaftes Verschwinden Auskunft hätte geben können.

In der folgenden Nacht vom 19. zum 20. Juni wurde die Koloine von zwei Seiten her aufs neue überfallen. Als die durch die Schüsse alarmierten jüdischen Kolonisten zusammen mit dem deutschen Kommandeur hinzueilten, bot sich ihnen ein furchtbares Mordbild. Von den zwei berittenen jüdischen Wächtern, die auf dem Felde waren, lag einer tot neben seinem verwundeten Pferd, der andere war schwer verwundet, sein Pferd tot.

Abgeordnete der Kolonie begaben sich mit dem deutschen Kommandeur sofort zum türkischen Ortskommandeur und verlangten die Einleitung einer Untersuchung und die sofortige Verfolgung der Mörder. Die Deputation fand jedoch einen sehr kühlen Empfang. Der türkische Ortskommandeur erklärte nämlich, daß wahrscheinlich der eine Jude den anderen getötet hätte!

Infolge dieses Vorfalls herrscht in der Kolonie Trauer und Schrecken. Die lokalen deutschen Behörden tun alles, was in ihrer Macht steht, um den jüdischen Kolonisten zu helfen, können aber nicht viel ausrichten, da die offizielle Gewalt nicht in ihren Händen liegt.

Der Name des erschossenen Wächters ist Moses Segalowitsch, der verwundete Wächter ist Israel Reder.

Ein jüdisches Geschenk an den Großmufti. Gelegentlich einer kleinen Feier in Jerusalem überreichte kürzlich Dr. Weizmann dem Großmufti die in der Stadt Adrianopel gefundene historische Kopie des Koran, die er in Kairo aufgetrieben hatte.

Eine Bibliographie palästinensischer Literatur. Die zionistische Organisation in Amerika hat begonnen, eine Bibliographie der Palästinaliteratur zusammenzustellen. Der Katalog soll Bücher, Artikel, Flugschriften usw. über Palästina in allen Sprachen enthalten. Mehr noch als das archäologische soll das Material über Wirtschaftsfragen berücksichtigt werden. Das bibliographische Bureau gibt Auskunft über geschäftliche und gewerbliche Aussichten in Palästina und erteilt den Verfassern von Aufsätzen und anderen Anfragenden die gewünschten Auskünfte. Aus dem durch das Bureau gesammelten Material sollen Artikel, Übersetzungen, Sammelwerke usw. zur Information des Publikums über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zusammengestellt werden.

Polen.

1 200 000 Mark für Polen. Das Jüdische Komitee in Holland hat vor einigen Wochen wiederum einen Betrag von 1 200 000 Mark aus Amerika zur Überweisung an die notleidende Bevölkerung in Polen erhalten.

Rußland.

Gewalttaten ukrainischer und bolschewistischer Truppen. In Grebenka haben ukrainische Truppen neun Juden ermordet und eine weitere Anzahl ihrer Habe beraubt. In Barischkowa befahl der Befehlshaber der ukrainischen Truppen dem Rabbiner und fünfzehn Juden an einem Freitag abend fünf Leichen zu begraben, die von benachbarten Eisenbahnstationen heimlich nach der Stadt gebracht worden waren. Man glaubt, daß es sich um Reisende handelt, die von Soldaten beraubt und ermordet wurden.

Jüdische Flüchtlinge aus dem Kaukasus erzählen von schrecklichen Gewalttaten, die während des Rückzuges der Russen von bolschewistischen Truppen an Juden begangen wurden. Ganze Familien wurden ermordet, und manche Gemeinden vollständig ausgeraubt. Die Gemeinde in Baku hat einen Unterstützungsfonds für die notleidenden Juden eingerichtet.

Die bolschewistische Regierung und die Juden. Infolge der bevorstehenden Kontrolle der jüdischen Wohltätigkeitsgesellschaften in Petersburg durch den bolschewistischen Kommissar für jüdische Angelegenheiten hat sich das Gerücht verbreitet, daß ein weiteres Vorgehen gegen jüdische Institute beabsichtigt ist. Der Kommissar Rappoport, der gleichzeitig Vorsitzender des völkischen Richterkollegiums in Petersburg ist, erklärte auf Befragen, daß die Regierung Sorge tragen wolle, die Interessen der jüdischen Armen gegen die

Herrschaft der Bourgeoisie in den Hilfsgesellschaften zu verteidigen. Die Regierung weigert sich, die jüdischen Gemeindevorstände anzuerkennen, obgleich diese durch ein sehr demokratisches System gewählt wurden. Das Vorgehen der Regierung sei auf den anti-bolschewistischen Geist zurückzuführen, der in jenen Gemeindevorstands-Körperschaften herrsche. Andrerseits zeige die Regierung keine Neigung zu neuem Vorgehen gegen die jüdischen Gemeindevorsteher und die jüdisch-nationalen Körperschaften, so lange die letzteren sich nicht in politische Angelegenheiten des bolschewistischen Staates mischen würden. Im ganzen wünsche die Regierung Konflikte mit den repräsentativen jüdischen Organisationen zu vermeiden.

Gegen die Judenpogrome. Wie das „Jüdische Preßbureau in Stockholm" mitteilt, erhielt Svenska Telegrambyran aus Petersburg vom 30. Juli folgenden Funkspruch:

„Der Rat der Volkskommissäre hat eine Proklamation folgenden Inhalts veröffentlicht: Nach beim Rat der Volkskommissäre eingelaufenen Informationen wird in vielen Städten eine Hetze zur Anstiftung von Pogromen entfaltet, die in mehreren Städten bereits zu Exzessen gegen die jüdische Bevölkerung geführt hat. Auf diese Weise hat die gegenrevolutionäre Bourgeoisie die den Händen des Zaren entfallene Waffe übernommen. Allein in der Föderativen Russischen Sowjetrepublik, in der das Recht der arbeitenden Massen aller Völker, frei über sich selbst zu bestimmen, proklamiert worden ist, kann es keinen Raum für nationale Unterdrückung geben. Der Rat der Volkskommissäre fordert daher alle Sowjets auf, energische Maßnahmen zu treffen, um die antisemitische Hetze auszurotten. Die Personen, die der Mitwirkung an dieser Propaganda oder der Beteiligung an Pogromen überführt werden, werden außerhalb des Gesetzes gestellt." Die Proklamation trägt die Unterschriften von Lenin, Bruiewitsch und Garbunow.

Eine sozialistische Organisation zum Kampf gegen den Antisemitismus. In Petersburg wurde dem Jüdischen Preßbureau in Stockholm zufolge eine „Zwischenparteiliche sozialistische Organisation zum Kampfe gegen den Antisemitismus" begründet. Der Organisation traten Vorsteher der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Mensheviki-Internationalisten), der Bund, die Poale-Zion und die Vereinigten jüdischen Sozialisten bei. Das leitende Komitee der Organisation entfaltet eine rührige Propaganda durch Verbreitung von Literatur und Veranstaltung von Volksversammlungen.

Das Komitee begann seine Tätigkeit mit einem Manifest, in dem darauf hingewiesen wird, daß in den Siegesmonaten der Revolution die Pogromhelden nicht wagten hervorzutreten, daß nur jetzt in den Tagen des schweren Bürgerkrieges, in den Tagen der Enttäuschung und der Ermüdung, die Diener des gestürzten zaristischen Regimes wieder auf die Szene getreten sind. Dieses schwarze Gesindel drohe die revolutionären Errungenschaften des Volkes im Blute entsetzlicher Pogrome zu ersticken; es suche Racheakte an unschuldigen Menschen zu vollziehen; es bedrohe das Leben, die Ehre und den Besitz des jüdischen Volkes. Das Komitee fordert alle ehrlichen Bürger, die der Sache der bürgerlichen, politischen und nationalen Freiheit in Rußland ergeben sind, auf, das Komitee in seiner schweren und verantwortungsvollen Arbeit zu unterstützen.

Beim Untergang des russischen Schiffes „Oriole" sind, wie der „American Hebrew" berichtet, 15 000 Juden im Kaspischen Meer ertrunken. Die Passagiere waren auf der Flucht von Baku nach Astrachan.

England.

Sitzung des Board of Deputies. Ende Juli fand in London eine Sitzung des Board of Deputies statt, bei der Sir Stuart M. Samuel den Vorsitz führte. Zur Diskussion stand: 1. Die Naturalisation aus Rußland gebürtiger Soldaten im englischen Heere. Es wurde beschlossen, sobald alles Material beisammen sei, an die Regierung mit der Bitte um Einhaltung ihres seinerzeit gegebenen Versprechens, Russen, die im englischen Heere gedient haben, zu naturalisieren, heranzutreten.

2. Antisemitische Propaganda. Der Ausschuß hat ein Gesuch an die Regierung gerichtet, bei Verleumdungen und Aufreizungen gegen die jüdische Bevölkerung schärfer vorzugehen und eine Abordnung zum Vortrag über diese Frage zu empfangen. Hierauf sei eine Antwort nicht eingegangen.

3. Internierung feindlicher Ausländer. Auch bezüglich dieser Frage habe man sich an die Regierung gewandt, ohne bisher einen Bescheid erhalten zu haben.

4. Judenfeindschaft im Londoner Hospital. Es wurde berichtet, daß die Hospitalleitung jegliche judenfeindliche Haltung gegen jüdische Studenten und Juden, die sich vor den Luftangriffen in das Hospital zu retten versucht hätten, bestreite.

5. Fürsorge für entlassene Soldaten. Die Vereinigten jüdischen Hilfsgesellschaften haben der Regierung einen Fürsorgeplan und den Vorschlag unterbreitet, jüdische Vertreter in die einzelnen Unterausschüsse für Invaliden-Fürsorge aufzunehmen. Der Schriftführer der Gesellschaft sei aufgefordert worden, im Ministerium Vortrag zu halten.

6. Agitation gegen Ausländer. Es wurde ein Beschluß gefaßt, sich dieser Agitation energischer entgegenzustellen. Besonders solle man Zeitungen im Auge behalten, die, obwohl von Juden finanziert, fortwährend die Juden angreifen.

7. Abänderung der Statuten. Die betr. Vorschläge wurden abgelehnt.

8. Ausschluß von Geldverleihern. Nach einer lebhaften Debatte darüber, ob eine solche Maßregel nicht eher geeignet sei, den jüdischen Namen bloszustellen, als antisemitische Anschuldigungen zu widerlegen, wurde der Ausschluß von Geldverleihern aus dem Board of Deputies beschlossen.

9. Berichterstattung des Ausschusses für rituelle Kost.

10. Die publizistische Tätigkeit. Lord Rothschild berichtete über Schritte, die das Pressekomitee unternommen habe, um der Wirkung eines antisemitischen Leitartikels in der „Times" vom 10. Juli entgegenzuarbeiten. Über die militärischen Leistungen der Juden sollte Material zusammengestellt werden. Der Presseausschuß des Ministerium solle ersucht werden, solche Nachrichten von jüdischem Interesse, die der ausländischen Presse zugingen, auf Kosten des Board of Deputies auch der englischen Presse zu übergeben.

11. Vorgehen der Zionisten in der rumänischen Frage. Die Sitzung gab ihrer Meinung Ausdruck,

daß die Zionisten sich in der Frage der rumänischen Juden aus Höflichkeit mit dem Joint Foreign Committee hätten in Verbindung setzen sollen.

Das jüdische Volk und die Liga der Nationen. Das Kopenhagener Zionistische Bureau erhielt von der englischen Gesandtschaft in Kopenhagen eine Anfrage wegen der Stellungnahme der zionistischen Organisation zum Projekt einer Liga der Nationen und deren Beziehungen zum jüdischen Volk.

Aufnahme russischer Juden in das jüdische Regiment. Die englische Regierung hat gegenüber dem jüdischen Regiment ihre Haltung insofern geändert, als sie in Zukunft auch russischen Juden gestatten wird, in das jüdische Regiment einzutreten; auch die jetzt in Arbeitsbataillone eingereihten russischen Juden sollen zu diesem Regiment versetzt werden. In englisch-jüdischen Kreisen wird dieser Entschluß mit Genugtuung aufgenommen.

Eine zweideutige Klausel im Fremdengesetz. Das kürzlich von der englischen Regierung veröffentlichte Gesetz über gewisse Ausnahmen von den für Ausländer gültigen Gesetzen enthält einen nicht sehr klaren Passus. In diesem heißt es nämlich: „falls sich der Staatssekretär im Falle eines feindlichen Ausländers durch ein Dokument oder auf andere Weise davon überzeugt, daß dieser Ausländer a) von polnischer Rasse, und b) von loyaler Gesinnung gegen Seine Majestät und deren Verbündete ist, so steht es ihm anheim, jenem Ausländer ein Zeugnis auszustellen, das ihn von allen oder gewissen Vorschriften dieses Gesetzesparagraphen befreit, mit Ausnahme solcher, die sich auf Ausländer aus befreundeten Ländern beziehen."

Die Bezeichnung „von polnischer Abstammung" ist sehr unklar und kann eine Auslegung erfahren, nach der diese Bestimmung auf alle aus Polen stammenden Juden keine Anwendung findet. Die jüdische Presse in England fordert, daß diese unklare Bezeichnung durch diejenige „polnische Bürger" ersetzt werden solle.

Amerika.

Technische Projekte für Palästina. Die zionistische Gesellschaft der Ingenieure in Amerika kündigt an, daß sie sich mit der Ausarbeitung der folgenden technischen Pläne für Palästina beschäftigt:

1. Eine Muster-Wasserleitung für eine Siedlung von 500 Einwohnern. Dadurch könnte das sogenannte Wüstenland erschlossen werden, indem für jede einzelne Siedlung eine besondere Wasserleitung angelegt werden könnte.

2. Spezialhäfen für die ganze Westküste von Palästina nach einem gemeinsamen Modell.

3. Luftfahrzeuge zum Überfliegen des Jordantales, wodurch die erheblichen Kosten für einen Eisenbahntunnel gespart werden könnten.

4. Ein Überblick über die in Palästina vorhandenen Baumaterialien.

5. Eine hydro-elektrische Anlage, durch welche die Fälle des Jordans ausgenutzt und in Nordpalästina Licht-, Kraft- und Wärmeanlagen gespeist werden.

6. Eine Zementanlage für 500 000 Faß.

7. Konservenfabriken und Lagerräume.

8. Eisfabriken.

9. Chemische Destillieranlagen zur Herstellung von Riechölen.

10. Anlagen zur chemischen Verarbeitung von Produkten und Mineralien aus dem Toten Meere.

11. Zuckerraffinerien mit jährlicher Produktion von 3000 Tonnen, wodurch die Einfuhr von Zucker wegfallen und das heimische Zuckerrohr verarbeitet werden könnte.

12. Eine moderne Gerberei für Produktion von 300 000 Fellen jährlich.

13. Spinnereien für Woll- und Baumwollgarn.

14. Chausseen.

Hebräische Volksbibliothek. Der hebräische Verlag „Kadimah" in Amerika (Hebrew Publishing House „Kadimah", 44 East 23rd Street, New York) hat vor kurzem eine größere Anzahl klassischer hebräischer Werke herausgegeben. Hervorragenden Anteil an diesen Ausgaben nimmt der bekannte hebräische Schriftsteller Rĕuben Brainin. Der Verlag hat bis jetzt ausgewählte Schriften aus den Werken von Erter, Smolenskin, Mendele Mocher Sforim, Perez, Buki ben Jogli mit Einleitungen Brainins herausgegeben. Mit einer Einleitung Bainins ist außerdem die Gedichtsammlung des hebräischen Dichters der Haskala-Epoche Micha Joseph Lebensohn erschienen. Der Verlag hat ferner Schriften von Brenner und Wilkanski aus dem jüdischen Leben in Palästina publiziert.

Unter der Redaktion von Brainin erscheinen demnächst im Verlage der Kadimah folgende Werke: Geschichte der hebräischen Sprache von Elieser ben Jehuda; Erzählungen von J. D. Berkowitz; Die Inseln des Mittelmeeres von Prof. N. Slousch; Palästina von M. Scheinkin; Pan (von Knut Hamsun) in der Übersetzung von M. Lipson; Erzählungen aus dem Leben des neuen Jischuw von M. Bernstein.

Von Brainin selbst wird ein großes Werk über die hebräischen Dichter unserer Renaissance-Epoche angekündigt. Das Werk wird eine Würdigung von Bialik, Tschernichowsky, Schnëur und Kahan, sowie der anderen jungen Autoren darstellen.

Frankreich.

Die Haltung der Regierung zum Zionismus. Das Jüdische Korrespondenz-Bureau im Haag berichtet:

Der medizinischen Expedition der amerikanischen Zionisten wurde in Paris ein feierlicher Empfang bereitet. Baron Edmund Rothschild fungierte als Präsident der Begrüßungsversammlung, die im Saale des jüdischen Konsistoriums stattfand. Die Vertreter der Stadt Paris und aller großen jüdischen Organisationen Frankreichs füllten den Saal. André Tardieu, der hohe Kommissär für die amerikanisch-französischen Kriegsangelegenheiten, richtete folgende Ansprache an die Expedition:

„Sie wissen, mit welch freundlichem Interesse die französische Regierung dem Fortschritt des zionistischen Ideals folgte. Die französische Regierung hat Proben dieses Interesses seit dem Frühjahr 1916 gegeben, sobald die Verbesserung der Situation in Palästina uns gestattete, die Zukunft zu erwägen. Ich brauche Sie übrigens kaum an die öffentliche und offizielle Erklärung zu erinnern, welche der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Pichon, im verflossenen Jahre veröffentlichte. Wenn es ein Volk gibt, das von Natur aus die Eignung besitzt, die jüdische Sache und das jüdische Ideal zu verstehen, so war es sicherlich immer die französische Nation.

Als hoher Kommissär Frankreichs in den Vereinigten Staaten hatte ich selbst oft Gelegenheit, mein Interesse der Aktivität der amerikanischen Zionisten zu widmen. Ich hatte selbst das Vorrecht, in Washington den Präsidenten des Provisorischen Komitees für Zionistische Angelegenheiten kennen zu lernen und mit ihm zu arbeiten. Richter Brandeis ist ein von uns hochgeachteter Freund. Sie nähern sich dem Ende Ihrer langen Reise. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Überfahrt nach Palästina. Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Arbeit in dem Lande, in das Sie Ihr Herz führt, auf diesem alten und geheiligten Boden, wo die jüdischen Freiwilligen in diesem Augenblicke gegen den gemeinsamen Feind kämpfen."

Außerdem hielten Baron Edmund Rothschild, der Oberrabbiner Haguenau, Mourier und das Mitglied der Palästinakommission, Prof. Sylvain Lévy, Ansprachen. Fräulein Seligsberg und Herr Hubbard dankten namens der Expedition. Die französische Presse brachte ausführliche Berichte über den Empfang.

Aus aller Welt.

Antisemitismus in Dänemark. In der Ausgabe vom 11. August 1918 der Kopenhagener Zeitung „Politiken" auf Seite 5 unter der Überschrift „Skandalöse Szenen in der Preisregulierungskommission" liest man über einen ungeheuerlichen antisemitischen Angriff des bekannten konservativen Führers und Universitätsprofessors der Nationalökonomie L. V. Birk auf den bekannten Großindustriellen Stockholms Direktor Max Ballin. Direktor Max Ballin, selbst Mitglied der Preisregulierungskommission, wurde in seiner Rede durch einen Zwischenruf Prof. Birks unterbrochen, der ihn mit einem Zuchthäusler verglich. Ballin, auf die persönliche Polemik eingehend, nannte Birk einen Lügner und Ehrabschneider. Professor Birks wörtliche Erwiderungen lauteten: „Das solltest du nicht sagen. Denke daran, daß du zu einem weisen Mann sprichst, und daß du selbst ein Jude bist." Auch in weiteren Zwischenrufen behielt Birk das „du" gegenüber seinem Gegner bei. Dies ist derselbe Prof. Birk, übrigens in wissenschaftlicher Beziehung eine Null, aber ein sehr bekannter Politiker, der jüngst den Finanzminister Edward Brandes anrempelte und in der „Nationaltidende" in einem Artikel gegen die Fremden loszog, wobei er weniger die 3000 in Kopenhagen wohnenden Schweden und Norweger meinte, als die paar Hundert russischer Juden.

Hinrichtungen in der Ukraine. Die englischen Zeitungen berichten, daß das deutsche Kriegsgericht in Cherson elf Juden wegen des Versteckens von Getreide zum Tode verurteilt habe. Rabbi Ginsburg, der ihnen vor dem Tode Trost zusprach, starb selbst vor Kummer.

Sabbatai Zewis Grab. Der jüdische Historiker J. J. Grunwald, der im österreichischen Heere in Albanien dient, hat bei Berat das Grab von Sabbatai Zewi entdeckt. Über ihm erhebt sich ein einfacher Grabstein mit der Inschrift Cerigi Mehemed (sein mohamedanischer Name).

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Jüdischer National-Fonds. Zahlungen sind zu richten an Elisabeth Mahler, München, Postscheckkonto Nr. 10121.

Nationalfonds-Spende. Heinrich Schwab-Garten. Die zionistische Ortsgruppe dankt Frl. Marta Feuchtwanger für ihre ersprießlichen Dienste und pflanzt auf ihren Namen einen Ölbaum. M. 6.—.

Notstandsaktion. Geschw. Stiefelzieher anläßlich der Genesung ihres Bruders 5 Mk.

Goldenes Buch Blau-Weiß München. Fünf Münchener Blau-Weiße danken Sidney Haskel. 5 Mk.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Die leichtathletischen Wettkämpfe finden bei jeder Witterung Sonntag, den 1. September d. J., nachmittags 2.30 Uhr am Sportplatz 1860 (Grünwalderstraße) statt. Offene Konkurrenzen: Dreikampf (100m-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen); 100, 200 u. 400 m Vorgabelauf, 800 m-Mallauf, Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Handgranatenwerfen, 4×100 m-Stafette, sowie Wettkämpfe für Damen, Mädchen und Knaben. Der Turnrat.

Verein Bne-Jehuda. Voranzeige: Dienstag, den 10. Sept. 1918: Referat von Frl. stud. Gertrud Löwenstein über „Nationalismus und Zionismus".

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß". Im Monat September finden keine Fahrten statt wegen Jomtofim. Die Heimabende für jeden Zug und Gruppe werden jedesmal im „Echo" bekannt gegeben. Am 1. September ist das Sportsfest des Turnvereins, zu dem möglichst alle kommen sollen.

BY Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.